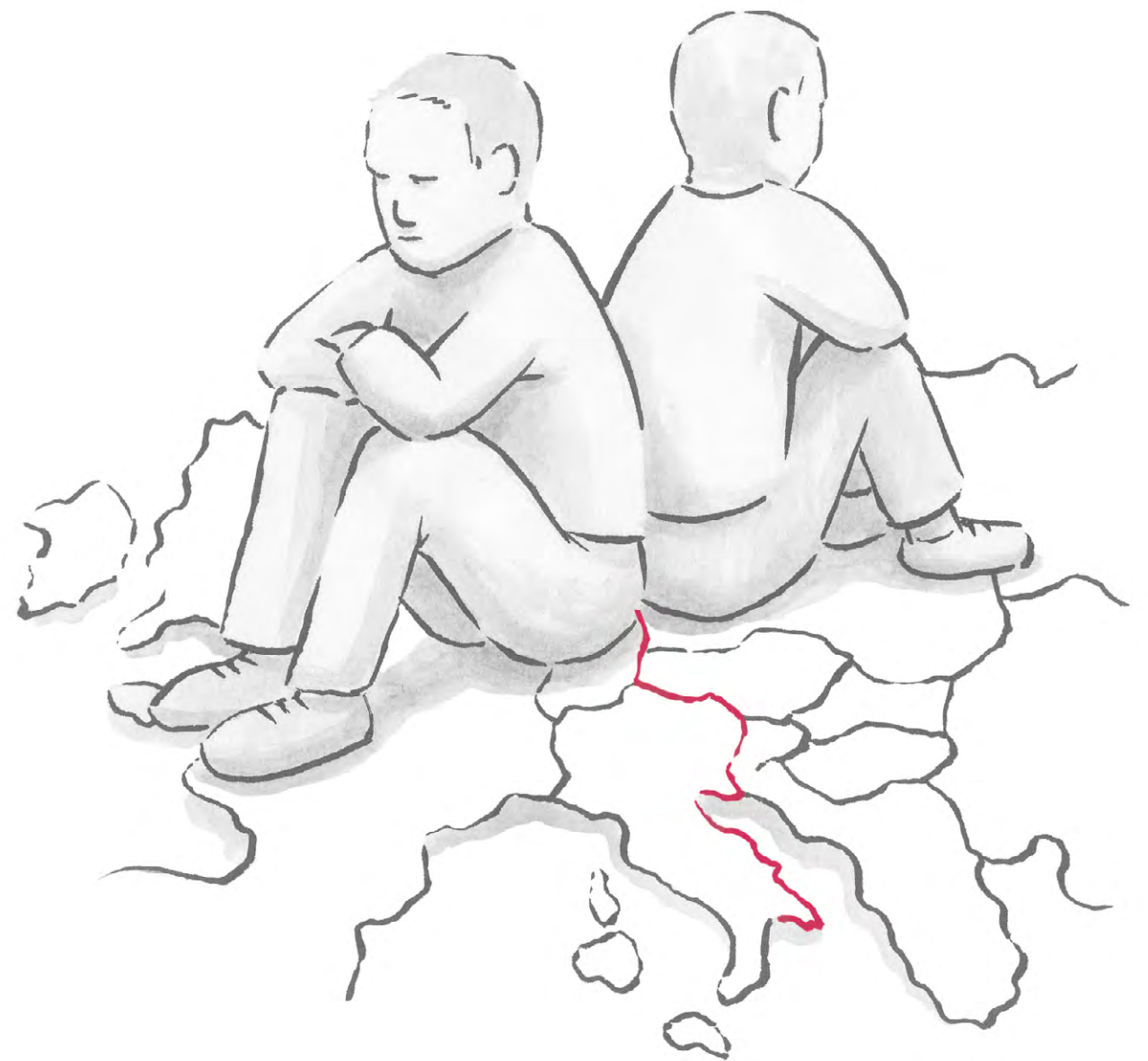


Nationalismus und Revisionismus

Rückwärtsgewandt in die Zukunft?

David Gregosz
und Thomas Behrens

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat uns die zerstörerische Wucht nationalistischer und revisionistischer Politik in erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt. Gleichzeitig haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass auch vermeintlich bewährte demokratische Traditionen noch lange keinen vollständigen Schutz vor nationalistischen Versuchungen bieten. Die Entwicklungen in Polen und die Erfolge nationalistischer Parteien im Herzen Europas geben insofern Anlass zu großer Sorge. Durch Dämonisierung und Ausgrenzung ist ihnen allerdings nicht beizukommen.



Der Westen ist angegriffen. Seit Frühjahr 2022 stehen in diesem Zusammenhang auch die Phänomene Nationalismus und Revisionismus als Bedrohung der Demokratie – noch stärker als zuvor – im Fokus der Öffentlichkeit. Ursache ist die militärische Invasion Russlands in der Ukraine, die am 24. Februar begonnen hat. Sie bildet die einschneidendste sicherheitspolitische Zäsur seit dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 und eine Zeitenwende in den internationalen Beziehungen.⁶⁹

Die von Präsident Wladimir Putin entfesselte Aggression gegenüber dem souveränen „Bruderstaat“ bedeutet den (wiederholten) Bruch des Völkerrechts durch Russland. Sie trifft die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, die in den vergangenen Jahren (in breiter Mehrheit und zunehmend) den Anschluss an die demokratischen Strukturen und die wirtschaftliche Prosperität Europas gesucht haben. Sie richtet sich aber zugleich gegen den gesamten Westen, der einsteht für Demokratie – verstanden als Garantie von Freiheit und Wahrung von Rechtsstaatlichkeit.

Begründet wird der Einmarsch in die Ukraine mit dem Rückgriff auf die Geschichte der eigenen Nation: Putin nimmt Bezug auf das erste ostslawische Staatsgebilde, die Kiewer Rus, sowie historische Fehler Lenins, spricht dem Nachbarn die eigene Souveränität ab und erklärt, die Ukraine sei „ein untrennbarer Teil“ der Geschichte Russlands. So wie schon im Juli 2021 in Form eines Aufsatzes⁷⁰ dargestellt, begreift Putin Russinnen und Russen, Ukrainerinnen und Ukrainer sowie Belarussinnen und Belarussen als ein Volk (im Sinne des Konzepts der sogenannten ostslawischen „Dreieinigkeit“). Es sei daher aus Sicht Moskaus notwendig, zum Schutz der außerhalb der Russischen Föderation lebenden Russinnen und Russen militärisch einzuschreiten, um die Ukraine zu „entnazifizieren“ und zu „entmilitarisieren“. Darüber hinaus sei es das erklärte Ziel der russischen Politik unter seiner Führung, die historische geopolitische Katastrophe des Zerfalls der Sowjetunion zu korrigieren und die Vorherrschaft des Westens zu brechen.⁷¹

Nationalismus als wissenschaftlicher Begriff und der Fall Russland

Tatsächlich ist unkritisch im Rahmen der Berichterstattung zum Krieg in der Ukraine auch von „russischem Nationalismus“, „nationalistischem Revisionismus“ und Putin als „Nationalist“ die Rede.⁷² Doch was bedeutet Nationalismus? Und lässt sich die gegenwärtige Aggression durch Russland tatsächlich als ein Fall von Nationalismus subsumieren?

Nationen, so die vielzitierte Interpretation des britischen Soziologen Benedict Anderson aus den 1980er-Jahren, sind „imaginierte Gemeinschaften“⁷³, vorgestellte soziale Konstrukte, an die Menschen glauben und an denen sie sich ausrichten. Oftmals hinterfragt als bloße „Leerformel“, wird diese Deutung fassbarer, wenn der Nationenbegriff konkreter definiert wird als „politische Kategorie, die wie kaum eine andere in der Lage ist, Solidarität und gegenseitige Hilfsbereitschaft zu mobilisieren“⁷⁴, und die dabei Aspekte wie kulturelle Zugehörigkeit, soziale Bindung, Empathie und Gemeinsinn einschließt. Die wirkmächtige politische Ressource, die aus diesem gesellschaftlichen Phänomen erwächst und Bezug nimmt auf den souveränen Staat als einzig wahre Grundlage der politischen Ordnung und Symbol der Freiheit, heißt Nationalismus. Ohne umfassende theoretische Begründung postuliert dieser, dass jeder Mensch einer Nation angehört und seine Nationalität damit ein entscheidender Bestandteil seiner individuellen Identität ist.

Eine gewisse Attraktivität des Phänomens Nationalismus speist sich aus seiner enorm integrierenden Kraft und dem Umstand, dass er dem Individuum inmitten einer anonymen Massengesellschaft den Glauben verleiht, ein gleichberechtigtes Mitglied einer Gemeinschaft zu sein und trotz politischer und sozioökonomischer Unterschiede Würde zu besitzen. Dies etwa findet, positiv verstanden, Ausdruck im Verfassungspatriotismus oder liberalen Nationalismus.

Doch Geschichte wie politische Gegenwart zeugen vielmehr von etwas anderem: Nationalismus trägt vor allem Abgrenzung, Aggression und Gewalt in sich. In der Überhöhung nationaler Ansichten, die er gesellschaftlichen Regeln, Institutionen sowie dem friedlichen Zusammenleben aller voranstellt, gerät er in Konflikt mit freier Meinungspluralismus und der Vielfalt der Kulturen. Regelmäßig mündet Nationalismus daher in die Zersetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und auf Nationalismus folgt in der Regel Revisionismus: das Bestreben, einen (mitunter völkerrechtlichen) Zustand oder ein (politisches) Programm infrage zu stellen oder dessen Änderung herbeizuführen.

Der russische Krieg in der Ukraine ist als ein Fall von Revisionismus einzustufen. Putin missachtet bewusst und wiederholt die Grenzen und die Souveränität des ukrainischen Staates. Diese aber gelten in der europäischen Sicherheitsordnung auf Grundlage der Schlussakte von Helsinki (1975), der Charta von Paris (1990) und der NATO-Russland-Grundakte (1997) – bestätigt von allen Vertragsparteien, auch Russland – völkerrechtlich als unantastbar.⁷⁵ Putin trachtet somit danach, die vereinbarte Sicherheitsarchitektur Europas eigenmächtig zu revidieren und die Ukraine Russland einzuverleiben.

Fraglich hingegen ist die Einordnung der russischen Aggression als Nationalismus. Solcher stützt sich auf den souveränen Nationalstaat. Putin aber recurriert in seiner Politik gerade nicht auf den russischen Begriff *rossijskij*, der sich auf den offiziellen Staatsnamen der Russländischen Föderation bezieht und all das bezeichnet, was zum Staat (*Rossija*) gehört. Nein, Russlands Staatspräsident sucht seit Jahren den Begriff *Russkij mir* (dt: *russische Welt*) zu prägen, in Anspielung auf den Begriff *russkij*, der sich auf die russische Kultur und die russische Sprache bezieht. Dahinter steht jenseits von Staatlichkeit die Vorstellung von Russland als einer (nichtwestlichen) Zivilisation. Tatsächlich ist die Russländische Föderation ein relativ fragiles Gebilde, das Putin unter Berufung auf unterschiedliche Merkmale wie Religion, Kultur, Sprache und historisches Territorium gegen die Gefahr eines Auseinanderfallens autoritär zu stabilisieren und zu erweitern sucht. Russland versucht heute das aufzubauen, was die meisten Staaten Europas in ihrer Geschichte längst errichtet haben oder sogar schon wieder umbauen. Die Russländische Föderation ist kein russischer Nationalstaat. Sie ist ein Überbleibsel des russländischen und sowjetischen Imperiums, das mit autoritärer Macht – Demokratie wird nur simuliert – zusammengehalten wird. Putins Invasion in der Ukraine gründet somit nicht auf Nationalismus, sondern ist richtig verstanden ein Fall von großrussischem Imperialismus.⁷⁶

Putins Invasion in der Ukraine gründet nicht auf Nationalismus, sondern ist richtig verstanden ein Fall von großrussischem Imperialismus.

Demgegenüber eindeutig als Nationalismus einzuordnen sind die Fälle rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen, die ihren Erfolg bis zur Bedrohung des Westens durch die russische Invasion in der Ukraine der Infragestellung demokratischer Prinzipien verdanken. Die Liste dieser politischen Kräfte allein in Europa ist lang: von der französischen Rassemblement National (bis 2018 Front National) über die Freiheitliche Partei Österreichs bis zur UKIP in Großbritannien, von der Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden über die flämische Vlaams Belang, die italienische Lega und Chrysi Avgi in Griechenland, Fidesz in Ungarn, Prawo i Sprawiedliwość (kurz PiS) in Polen und zur Alternative für Deutschland (AfD). Es mag richtig sein, dass diese Akteure angesichts des Krieges und infolge der geschlossenen Reaktion des Westens mancherorts derzeit an politischer Schlagkraft verloren haben. Aber eine Bedrohung für die Demokratie stellen sie nach wie vor dar.

Daher gilt es nachzuvollziehen, was ihr Potenzial in der politischen Auseinandersetzung so groß hat werden lassen und ob und in welcher Weise sie die Demokratie gefährden.

Was macht Politik unter dem Banner des Nationalismus erfolgreich?

Ausmachen lassen sich zumindest drei Begründungslinien, die verdeutlichen, weshalb nationalistische Parteien erfolgreich auftrumpfen: ein materieller, ein kulturell-identitärer und ein auf medial-politische Repräsentationsdynamiken abstellender Erklärungsansatz.⁷⁷

Der materielle Ansatz stellt auf die Kosten-Nutzen-Überlegungen der Bürgerinnen und Bürger ab. Eine steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit in verschiedenen Regionen und unterschiedliche Folgen von freiem Wettbewerb auf die Industrie und die Erwerbsbevölkerung führen zu Kritik an der liberalen grenzüberschreitenden Wirtschaftsordnung. Tiefer Unmut sowie Angst vor Globalisierungstendenzen und noch stärkerem Wettbewerb kanalisieren sich in der Unterstützung populistischer Parteien, die ihrerseits eine Verbesserung der sozialen Situation vor Ort in Aussicht stellen. Befürwortet wird deren populistisch-protektionistisch ausgerichtete politische Agenda, die insbesondere die Forderungen nach mehr sozialstaatlicher Umverteilung aufgreift, vor allem von ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen und abstiegsgefährdeten Mitgliedern der Mittelschicht.

Der kulturell-identitäre Ansatz greift dagegen die Bedeutung intersubjektiv empfundener Werte und Identitäten auf. Thematisiert werden seitens nationalpopulistischer Politiker öffentlich wahrgenommene Veränderungen und Bedrohungen in Bezug auf traditionell vorhandene, gesellschaftlich verwurzelte Werte sowie

eine wachsende kulturelle und ethnische Heterogenität. Entscheidend betont werden die Ängste und Sorgen, die die nationale Gemeinschaft angesichts der kulturellen Dynamik psychisch zeichnen.

Ein dritter Ansatz schließlich stellt auf die Bedeutung der Repräsentation ab und rückt das Verhalten meinungsbildender politischer, medialer und kultureller Eliten in den Fokus. Nach dieser Interpretation fühlen sich große Teile der Bevölkerung von einer als verantwortungslos empfundenen Elite nicht mehr angemessen repräsentiert. Folge dessen ist die Unterstützung häufig neuer, kritischer Bewegungen und Parteien oder die Abwendung von etablierten politischen Institutionen.

Deutungsmuster wie die drei skizzierten können den großen Zuspruch für nationalpopulistische Parteien, wie er zumindest bis zuletzt festzustellen war, nicht abschließend erklären. Doch schon die Analyse gegenwärtiger Verhältnisse in einer Nation oder Region anhand der angesprochenen Kriterien sollte verdeutlichen, inwieweit Demokratie heute durch nationalistisches und revisionistisches Denken in Gefahr geraten kann.

Ist die Demokratie in Gefahr?

Dass innerhalb der EU ein derartiges Gefahrenpotenzial grundsätzlich vorhanden ist, haben in den zurückliegenden Jahren Analysen zu postkommunistischen Regionen in Europa gezeigt.⁷⁸ Ausgemacht wurden Entwicklungen eines sogenannten *democratic backsliding*, eines Demokratieverfalls. Offen geblieben ist, ob diese Prozesse als fortschreitende Entdemokratisierung zu deuten sind oder lediglich eine vorübergehende Erscheinung darstellen. Für Erstgenanntes sprechen die These von Yascha Mounk, nach der Demokratien weltweit im Sterben begriffen sind, und auch die Annahme Robert Dahls von der Transformation der Demokratie: vom demokratischen Stadtstaat über die repräsentative Massendemokratie hin zu einer möglichen Dominanz illiberaler Demokratien, in denen populistischer Nationalismus etwa Rechtsstaatlichkeit verdrängt.⁷⁹ Für Letztgenanntes spricht die Annahme des V-Dem Institute, dass bis zuletzt eine Art „demokratischer Rezession“ zu konstatieren war, wobei Demokratien zwar weniger liberal ausgeprägt sind, aber kein globaler Trend eines Abdriftens in den Autoritarismus gegeben ist.⁸⁰ Zwar wird seit Beginn des Krieges in der Ukraine – angesichts der starken einheitlichen Reaktion des Westens – auch wieder stärker von der „Revitalisierung der Demokratie“ gesprochen; so etwa explizit US-Präsident Joe Biden in seiner Rede im Warschauer Königsschloss Ende März 2022.⁸¹ Doch wie nachhaltig dies sein wird, ist abzuwarten.

Um dennoch zu veranschaulichen, wie Demokratie konkret durch Nationalismus und Revisionismus in Gefahr geraten kann, soll auf die Lage in Polen eingegangen werden, wie sie sich bis Februar 2022 präsentierte. Dies scheint angebracht, weil die Regierungskoalition der sogenannten Vereinigten Rechten unter Führung der PiS

in Warschau noch bis zum Ausbruch des Krieges in der Ukraine eine deutliche Abgrenzungspolitik gegenüber der EU als Staatenverbund verfolgte. Zwar wird diese Linie von Polens Regierung angesichts der grundlegend veränderten Sicherheitslage und der enormen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nicht weiterverfolgt. Doch grundlegende Kritikpunkte und Motive werden nicht von heute auf morgen ausgeräumt sein und sollten weiter beobachtet werden.

Die gefährdete Demokratie Polens – ein Paradebeispiel

Die dramatische Situation in Polen, wie sie sich bis in die Gegenwart darstellt, lässt sich konkret dem Fazit im Transformation Index der Bertelsmann Stiftung (BTI) von 2020 entnehmen: „Die politische Instrumentalisierung des Justizwesens, der öffentlichen Medien und der öffentlichen Verwaltung durch die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit hat die Qualität der Demokratie untergraben und zu einer noch tieferen Spaltung der polnischen Gesellschaft beigetragen.⁸² Die Wirtschaftsleistung Polens ist gut und die Prognosen für die Zukunft sind positiv. Die Steuer- und Schuldenpolitik der Regierung fördert im Allgemeinen die makroökonomische Stabilität. Aber die Sozialausgaben sind gestiegen und es werden immer wieder populistische Versprechungen gemacht. Die Gesetzgebung wird häufig von schlecht vorbereiteten Gesetzesentwürfen dominiert, die übereilt verabschiedet werden, sodass es kaum Möglichkeiten für andere Akteure gibt, sich zu äußern.“⁸³ Zu dieser Bilanz passt, dass Polen heute von der Demokratieforschung als ein Fall von *party state capture* gesehen wird: als Staat, der vereinnahmt ist durch eine Partei, die wichtige staatliche Institutionen – einschließlich Gerichte und Unternehmen – kontrolliert.⁸⁴

Die Jahre nach der Überwindung des Kommunismus und der politischen Wende 1989 haben Mittelosteuropa allgemein und Polen besonders geprägt. Die Folgen waren für viele Bürgerinnen und Bürger schwerwiegend: Die Transformation wurde ursächlich für große soziale Opfer, materielle Ausgrenzung, einen hohen Anpassungsdruck aufgrund der auferlegten Bedingungen sowie teilweise auch den Verlust bisherigen relativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands. In der Zusammenschau mit den genannten Maßnahmen ergab sich daraus für einen Großteil der polnischen Bevölkerung eine verhängnisvolle Diskrepanz: Die Anerkennung der ökonomischen Ausgrenzung von vielen als dem Preis der Reformen stand in Widerspruch zur politischen Inklusion von Privilegierten einschließlich der ehemaligen Kommunistinnen und Kommunisten – und zugleich bildete sie das Ergebnis der institutionalisierten Hegemonie der Eliten über den demokratischen Prozess.

Entsprechend des aufgezeigten materiellen Ansatzes adressiert die PiS bis heute wie keine andere etablierte Partei in Polen

fortwährend vorhandene soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft. Dabei kommt ihr entgegen, dass der Wirtschaftsstandort Polen seit 1990 nahezu ununterbrochen hohes Wachstum generiert, das Niveau der empfundenen sozialen Ungerechtigkeiten im Gefälle West-Ost und Stadt-Land aber nicht gesenkt wurde. Soziale Wohltaten wie das Programm „500Plus“ von 2016 oder die nun versuchte „Polnische Neue Ordnung“ (*Polski Nowy Ład*)⁸⁵, von der sich die Regierung trotz nachträglich notwendiger Korrekturen Wählerzuspruch erhofft, bilden das programmatische Zentrum.

Erfolgreich verfolgt wurde seitens der PiS bis zuletzt die nationalistisch-populistische Idee, die Mobilisierung von Solidarität über das Postulat des starken, souveränen und protektionistischen Staates zu suggerieren. Die PiS beschwor gemäß des zweiten Ansatzes die kulturelle Identität der Polinnen und Polen – dies etwa in der antisolidarischen Haltung der polnischen Regierung während der europäischen Migrationskrise 2015, im wiederholten Schüren antideutscher und antieuropäischer Ressentiments in Wahlkämpfen und in der Abschottung der polnischen Außengrenze mittels nationalistisch effektiver, aber humanitär sowie europa- und völkerrechtlich umstrittener Regierungsmaßnahmen im Grenzkonflikt mit Belarus 2021.

Dass die PiS bis vor kurzem auch nicht nachließ, entsprechend dem genannten dritten Ansatz, der Anklage eines vermeintlich rücksichtslos handelnden Establishments, die eigene nationale Identität durch den behaupteten Gegensatz „Polen“ vs. „Europa“ zu unterstreichen, war unübersehbar. Die Missstände im Land wurden dem verantwortungslosen Handeln der politischen, als Hegemon bezeichneten Elite in Brüssel, dem rücksichtslosen transnationalen Finanzsektor sowie der liberalen Bürgerplattform unter Führung von Donald Tusk, dem Hauptkonkurrenten im polnischen Parteienspektrum, zugeschrieben. Dabei, so bis zuletzt der Subtext, sei offenkundig, dass das demokratische Modell des europäischen Liberalismus (als dessen Hüter die EU auftrate) kein Vertrauen verdiene und der „Westen“ in kulturellen Identitätsfragen die nationale Kultur weiter gefährde (siehe die fortschreitende Säkularisierung im westlichen Europa mitsamt der Unterstützung von Minderheiten wie LGBTQ und das tief katholisch geprägte Polen als Antipoden).

Was aufgrund der schmerzhaften Transformationsungerechtigkeit bei vielen Wählerinnen und Wählern erfolgreich verfiel, war das national und sozial unterfütterte Narrativ der PiS, Polen werde von seinen europäischen Gegenspielern nicht als gleichberechtigter Partner behandelt. Vielmehr wurden die Beziehungen zu Brüssel aufgrund zuvor unter politischem Druck angenommener Mitgliedschaftsbedingungen als asymmetrisch und ungerecht angesehen. Europa, so hieß es, sei in Wahrheit nicht daran interessiert, den Status quo zu verbessern. Ganz im Gegenteil gelte der EU das polnische Postulat nach echter Transformationsgerechtigkeit als Störfaktor. Daher sahen die Verantwortlichen in Warschau bis hinein ins Jahr 2022 nur einen Weg, nämlich eine Revision der laufenden EU-Prozesse zu bewirken, sodass Polen – sei es innerhalb oder außerhalb der europäischen Integration – einen echten Entwicklungssprung machen könne.

Wie das Vertrauen in liberale Politik wiederhergestellt werden kann

Die skizzierten Entwicklungen in Polen⁸⁶ verdeutlichen, dass bis zuletzt ein Großteil der Bevölkerung angesichts materieller Sorgen, kulturell-identitärer Verunsicherung sowie aus Enttäuschung über die so empfundene Verantwortungslosigkeit von Eliten seit 1990 den Verheißungen der rechtspopulistischen PiS gefolgt ist. Zwar mag die Führung in Warschau angesichts der existenziellen Bedrohung durch Putins Aggression im Osten seit dem Frühjahr 2022 von ihrem nationalistischen Postulat eines „Europa der Vaterländer“ (entgegen der EU als supranationaler Einheit) abgerückt sein. Denn auch die PiS hat erkannt, dass für Polen nicht nur die NATO und bilaterale Sicherheitsbeziehungen zur Weltmacht USA allein ausreichend sind, sondern es stattdessen der Gemeinschaft des Westens bedarf, um gegen die Willkür Putins als imperialem Führer der Nuklearmacht Russland anzukommen. Doch dass deshalb die Regierung in Warschau fortan sämtliche Regeln der Demokratie akzeptieren wird, ist keineswegs ausgemacht. Nicht zuletzt, da sicher auch die EU fortan darauf bedacht sein wird, Konfrontationen mit Polen als einem sicherheits- und migrationspolitisch an der EU-Außengrenze zur Ukraine angesehenen Schlüsselstaat milde zu handhaben. Und ob PiS unterdessen nicht weiterhin die gesellschaftliche Unzufriedenheit mittels nationalistischer Propaganda zum Erhalt ihrer autoritären Machtstrukturen zu instrumentalisieren sucht, bleibt abzuwarten.

Vorsicht ist trotz der aktuell vorherrschenden demokratischen Geschlossenheit in Europa ob der langfristigen Entwicklungen nicht nur in Polen angezeigt.

Vorsicht ist trotz der aktuell vorherrschenden demokratischen Geschlossenheit in Europa aber ob der langfristigen Entwicklungen nicht nur in Polen angezeigt. Antidemokratische Erscheinungen sind – wie die Auflistung rechtspopulistischer Parteien zu Beginn andeutet – nicht auf Mitteleuropa beschränkt. So zeigte beispielsweise auch in Deutschland der – gleichfalls transformationsbedingte – Gegensatz zwischen „West“ und „Ost“, dass die demo-

kratische Stabilität des politischen Systems in manchen Regionen auch hier auf die Probe gestellt ist. Historische Prägungen, ökonomische Ungleichheiten und unterschiedliche politische und soziale Orientierungen in der Bevölkerung schürten auch in den neuen Bundesländern Verunsicherungen, die Parteien wie die AfD in den vergangenen Jahren mittels nationalistischer Ideologie aufzugreifen wussten. Gleichfalls konstatiert wurde eine stark polarisierte Gesellschaft, eine mancherorts deutlich ausgeprägte Missachtung demokratisch legitimer Volksvertreterinnen und -vertreter oder bisweilen gar offene Gewalteskalation und die Missachtung des Rechtsstaates – etwa durch sogenannte Reichsbürger, eine Gruppe, die nicht nur offen die Demokratie ablehnt, sondern Revisionismus betreibt.

Zwar befürwortet die große Mehrheit der Deutschen die Demokratie als freiheitlichen Rechtsstaat. Aber Studien zeigen, dass ein nicht unerheblicher Bevölkerungsanteil auch antiplurale Standpunkte vertritt, die zumindest von einem illiberalen Demokratieverständnis und von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit diverser Bevölkerungsgruppen zeugen. Eine nicht kleine Minderheit vertritt sogar antidemokratische bis rechtsextreme Positionen.⁸⁷ Auch in Deutschland schien (zumindest bis vor kurzem) somit ein Teil der Mitte seinen demokratischen Kompass zu verlieren. Ausweis dessen waren etwa die illegalen Menschenansammlungen in Sachsen, anlässlich derer sich Rechtsradikale und Corona-Leugnerinnen und -Leugner in offener Ablehnung des Staates vermengten. Diese laute Minderheit war nicht nur radikalisiert, sondern stellte eine veritable Gefahr dar für die offene Gesellschaft.

Nun scheint es angesichts der politischen Zeitenwende ob der menschenverachtenden, völkerrechtswidrigen Aggression Russlands durchaus denkbar, dass Prinzipien der Demokratie – wie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung sowie der Schutz von Minderheiten und Opposition – gegenüber nationalistischen und revisionistischen Tendenzen aufs Neue sich durchzusetzen imstande sind. Die geeinte und entschiedene Reaktion der Staatengemeinschaft für Frieden und Demokratie kann als gewichtiges Indiz gewertet werden.

Doch die letzte Gewissheit einer Umkehrung des Trends hin zu einer nachhaltig resilienten, revitalisierten Demokratie im Angesicht äußerer Bedrohung wird sich nicht einstellen. Neue Herausforderungen mit demokratiezersetzendem Potenzial werfen bereits ihre Schatten voraus: die grassierende Inflation verbunden mit horrenden Preissteigerungen, die Belastung der Wirtschaft angesichts der umfassenden und notwendigen Sanktionen gegen Russland, steigende Energiekosten angesichts einer Neuordnung des europäischen Energiemarktes, erheblich höhere Finanzausgaben im Bereich Verteidigung, (nicht zuletzt) ein nicht absehbarer Druck sowohl auf die Sozialsysteme als auch auf die Gesellschaften insgesamt aufgrund der größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Um einer Gefährdung der Demokratie in jedem Fall entschieden vorzubeugen, scheint es daher – unabhängig von aktuellen Vorzeichen – langfristig geboten, das Vertrauen in liberale Politik durch transparente Prozesse und konkrete Politikergebnisse zu stärken. Es ist notwendig, die Bedeutung rechtsstaatlicher Institutionen zu unter-

streichen sowie die Wichtigkeit demokratischer Grundsätze zu kommunizieren und konsensorientierte gesellschaftliche Strukturen fernab von Abgrenzung und Aggression zu fördern. Ferner muss sich Europa als demokratische und supranationale Einheit gerade in Zeiten internationalen Konfliktmanagements und vor allem bei der jungen Generation, die mit Krieg zum ersten Mal in dieser Dimension konfrontiert ist, als stark, geschlossen und effektiv beweisen. Mit Blick auf Regionen, die immer noch unter den Folgen der Transformation leiden, gilt es, in wirtschaftlich noch schwierigerer Zeit umso mehr in offenen, demokratischen Prozessen eine echte Aufstiegsperspektive zu erarbeiten. Eine solche muss die Sorgen der Menschen überall, aber besonders in den Teilen Europas, die regional am stärksten von der Not in der Ukraine betroffen sind, ernst nehmen, eine Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse leisten und im unmittelbaren Dialog – falls möglich unter aktiver Einbeziehung der Bürgerschaft in politische Entscheidungsprozesse vor Ort – umgesetzt werden.

Dass dies schwierig, doch nicht ohne Hoffnung ist, belegen die Millionen von Menschen, die während der vergangenen Wochen in ganz Europa und weltweit gegen den Krieg in der Ukraine und für Demokratie auf die Straße gegangen sind.

Kurzfristig soll gelten, was Anne Applebaum in ihrem Buch „Die Verlockung des Autoritären“⁸⁸ wie folgt beschreibt: „Freiheitliche Demokratien haben ihren Bürgern immer etwas abverlangt: Teilnahme, Diskussion, Einsatz und Auseinandersetzung.“ Wird diese Notwendigkeit etwa auf postkommunistische Regionen Europas bezogen, lassen sich die Worte der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Tag der Deutschen Einheit 2021 nahtlos anfügen: „Leute, macht die Türen auf und schaut nach, was dahinter ist. Seid bereit zur Begegnung, seid neugierig aufeinander, erzählt einander eure Geschichten und haltet Unterschiede aus. Das ist die Lehre aus 31 Jahren Deutscher Einheit. Wir brauchen Respekt vor den jeweiligen Biografien und Erfahrungen und auch vor der Demokratie.“⁸⁹

Autoren

David Gregosz leitet das Auslandsbüro Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Thomas Behrens** ist Projektkoordinator im Auslandsbüro Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 69 Major, Claudia/Mölling, Christian 2022: Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr, *Die Zeit*, 24.03.2022, in: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-kooperative-sicherheitsordnung-krieg-ukraine-deutschland> [27.03.2022]; Kaim, Markus 2022: „Das ist eine Wegscheide“, Gespräch in DLF Kultur, in: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/markus-kaim-ukraine-100.html> [27.03.2022].
- 70 Putin, Wladimir 2021: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, Essay (in engl. Übers.), 12.07.2021, in: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> [27.03.2022].
- 71 Schmid, Ulrich 2022: Russischer Nationalismus, Putins fragile „russische Welt“, *Tagesschau*, 23.02.2022, in: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-nationalismus-101.html> [25.04.2022]; Ismar, Georg/von Marschall, Christoph 2022: Putin lässt die Maske fallen – warum es ihm um die ganze Ukraine geht, *Der Tagesspiegel*, 22.02.2022, in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/aufmarsch-in-der-ostukraine-putin-laesst-die-maske-fallen-warum-es-ihm-um-die-ganze-ukraine-geht/28090926.html> [25.04.2022]; Belousova, Katja 2022: Geschichtsstunde mit Wladimir Putin, *ZDFheute*, 21.02.2022, in: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-rede-konflikt-ukraine-100.html>; <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/geschichte-konflikt-ukraine-100.html> [27.03.2022].
- 72 Cedermann, Lars-Erik/Pengl, Yannick 2022: Wladimir Putin: Verrückter Despot oder rationaler Nationalist?, *Neue Zürcher Zeitung*, 26.02.2022, in: <https://magazin.nzz.ch/nzz-am-sonntag/international/wladimir-putin-verrueckter-despot-oder-rationaler-nationalist-id.1671967> [27.03.2022]; Schmid 2022, N. 3.
- 73 Anderson, Benedict 1983: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- 74 Münkler, Herfried und Marina 2016: *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*, Berlin, S. 290.
- 75 Major/Mölling 2022, N. 1.
- 76 Furman, Dmitrij 2021: Russlands Entwicklungspfad, Vom Imperium zum Nationalstaat, *Zeitschrift Osteuropa* 10/2011, in: <https://zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/3067/oe111001.pdf> [27.03.2022]; Schmid 2022, N. 3.
- 77 Golder, Matt 2016: Far Right Parties in Europe, *Annual Review of Political Science* 2016/19, S. 477–497; Hobolt, Sarah/de Vries, Catherine 2016: Public Support for European Integration, *Annual Review of Political Science* 2016/19, S. 413–432.
- 78 Kaiser, Stefanie 2021: The Rule of Law in Eastern Europe - Hungary and Poland in Comparison, *V-Dem*, 09.02.2021, in: http://v-dem.net/weekly_graph/the-rule-of-law-in-eastern-europe-hungary-and [11.02.2022]; Buras, Piotr 2018: Poland, Hungary, and the slipping façade of democracy, *European Council On Foreign Relations*, 11.07.2018, in: https://ecfr.eu/article/commentary_poland_hungary_slipping_facade_of_democracy/ [27.03.2022].
- 79 Vgl. Mounk, Yascha 2018: *Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München; Dahl, Robert A. 1989: *Democracy and its critics*, New Haven; ders. 1998, *On democracy*, New Haven.
- 80 Vgl. Lührmann, Anna/Hellmeier, Sebastian (V-Dem Institute, Göteborg) 2020: Populismus, Nationalismus und Illiberalismus: Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft, in: Heinrich Böll Stiftung/V-Dem (Hrsg.), *E-Paper-Reihe „Demokratie im Fokus“*, Nr. 2, Sarajevo; Petrova, Tsveta/Aydin-Düzgit, Senem 2021: Democracy support without democracy: The cases of Poland and Turkey, in: *Carnegie. Endowment for International Peace*, online unter: <https://carnegieendowment.org/2021/01/05/democracy-support-without-democracy-cases-of-poland-and-turkey-pub-83485> [27.03.2022].
- 81 Joe Biden 2022: „It's from the darkness moments that the greatest progress follows“, Full transcript of President Biden's speech in Warsaw on Russia's invasion of Ukraine, *ABC News*, 26.03.2022, in: https://abcnews.go.com/Politics/full-transcript-president-bidens-speech-warsaw-russias-invasion/story?id=83690301&fbclid=IwAR35t_oCILJZGxbiQI-IYkMQc9FN302s0JWAN6SfE9e8FRgfHWrw5dk-FHo [27.03.2022].
- 82 Hingewiesen sei bezüglich des Justizwesens auf die Vereinnahmung des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny, TK), die politische Besetzung des Vorsitzes des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy, SN) und tiefgreifende Justizreformen, insbesondere das Verfahren zur Neubesetzung von Richterstellen betreffend, ferner bezüglich der öffentlichen Medien auf die organisatorische und inhaltliche Vereinnahmung des öffentlich-rechtlichen Senders TVP bei gleichzeitiger Bekämpfung privater Presse- und Rundfunkmedien.
- 83 Bertelsmann Stiftung 2020: The Transformation Index 2020, Polen, in: <https://bti-project.org/de/reports/country-dashboard/POL> [27.03.2022].
- 84 Zu Demokratieerfall und zur Untersuchung von *state capture* in Mittelosteuropa: Sata, Robert/Karolewski, Ireneusz Pawel 2020: Caesarean politics in Hungary and Poland, *East European Politics*, 36/2020, in: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/21599165.2019.1703694> [27.03.2022].
- 85 Gregosz, David/Behrens, Thomas 2021: Polens Regierung plant Post-Covid-Ära, *KAS-Länderbericht*, 06.05.2021, in: <https://www.kas.de/de/web/polen/laenderberichte/detail/-/content/polens-regierung-plant-post-covid-aera> [27.03.2022].
- 86 Klein, Angelika 2020: Polen, Nationalkonservative Bewegungen im Aufwind, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung* (Hrsg.): *Nationalismus in Europa – Einheit in Vielfalt*, S. 66 ff., in: <https://www.kas.de/pl/einzeltitel/-/content/nationalismus-in-europa-einheit-in-vielfalt> [27.03.2022]; Cichocki, Marek 2020: Nord und Süd, Texte über die polnische Geschichtskultur, *Polnische Profile* Bd. 10, Wiesbaden; Cichocki, Marek 2020: Krise der liberalen Transformation – Der Fall von Polen nach 30 Jahren, Vortrag vom 04.12.2020, in: <https://www.youtube.com/watch?v=cDoS14jDPho> [27.03.2022].
- 87 Küpper, Beate/Zick, Andreas 2020: Verlorene Mitte? (Anti-)demokratische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: *LPB Baden-Württemberg* (Hrsg.): *Deutschland & Europa*, Heft 79-2020, S. 78 ff., in: https://www.deutschlandundeuropa.de/79_20/demokratie_krise.pdf#page=79 [27.03.2022].
- 88 Applebaum, Anne 2021: *Die Verlockung des Autoritären, Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist*, München, S. 189.
- 89 Merkel, Angela 2021: Rede zum Tag der Deutschen Einheit, gehalten am 3. Oktober 2021 in Halle/Saale, in: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-anlaesslich-des-festakts-zum-tag-der-deutschen-einheit-am-3-oktober-2021-in-halle-saale-1964938> [27.03.2022].